Nr. 2. Donnerstag, den 31. Januar 1924. Einzelverkaufspreis 0,25 Frs.

Nachrichtenblatt

des Vereins Deutſcher Zeitungs-Verleger, Bezirksverein Saar

Saarbrücker Zeitung, Saarbrücker Landes-Zeitung, Neunkircher Zeitung, Neunkircher Volkszeitung, Saar- und Blieszeitung, Wiebelskircher Zeitung, Völklinger Volksfreund, Völklinger Nachrichten, Prims- u. Niedtalzeitung, Püttlinger Volkszeitung, Saarzeitung, Saarlouiſer Journal, Dillinger Anzeiger, Bouſer Zeitung, Lebacher Anzeiger, Weſtpfälziſche Zeitung, St. Ingberter Anzeiger, Ottweiler Zeitung, Dudweiler Zeitung, Spieſen-Elversberger Tageblatt, St. Wendeler General-Anzeiger, Generalanzeiger für Spieſen-Elversberg.

Zur Beachtung für unſere Leſer.

Das Nachrichtenblatt des Vereins deutſcher Zeitungsverleger, Bezirksverein Saar, umfaßt die ſaarländiſchen Zeitungen verſchiedener Parteirichtungen. Es muß ſich daher aus Rückſicht auf die Solidarität der Verleger auf die Wiedergabe reiner Nachrichtenmeldungen ohne parteipolitiſche Einſtellung beſchränken.

Die Pfalzfrage vor der Botſchafterkonferenz?

mtb Paris, 29. Jan. Havas berichtet offiziös, in diplomatiſchen Kreiſen werde darauf hingewieſen, daß von einem Schiedsſpruch in der pfälziſchen Frage nicht die Rede ſein könne. Es beſteht keineswegs ein Gegenſatz zwiſchen dem franzöſiſchen und engliſchen Standpunkt, was die Anerkennung der [illegible] pfälziſchen Regierung anlange. In Paris wie in London ſei man der Anſicht, daß die Rheinlandkommiſſion die ſeparatiſtiſchen Verordnungen beſtätigen könne, ohne ihre Kompetenzen zu überſchreiten. Die franzöſiſche Regierung habe gefunden, daß zweckmäßigerweiſe in dieſem Punkte die Botſchafterkonferenz zu Rate gezogen werden müſſe, um zu beſtimmen, wie weit die Kompetenzen der Rheinlandkommiſſion bezüglich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Truppen uſw. gehen. Die franzöſiſche Regierung habe dementſprechend der Londoner Regierung vorgeſchlagen, daß die Frage der Vollmachten der Rheinlandkommiſſion im gegenſeitigen Einvernehmen der Botſchafterkonferenz unterbreitet werde, die die Kommiſſion ermächtigen könnte, für eigene Rechnung diejenigen von den pfälziſchen Verordnungen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit berühren, ſowie die, welche die Arbeitsloſenunterſtützung betreffen, zu veröffentlichen. Die Botſchafterkonferenz hätte ſich auch mit der von den Geheimorganiſationen in der Pfalz, wie der „Treubund“ geſchaffenen Erregung zu befaſſen und Abhilfsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. — (Das iſt wohl der letzte Rettungsverſuch der Poincaré-de Metz zu einer Art moraliſcher Reinwaſchung. Die Erfindung von „Geheimorganiſationen“ in der Pfalz ſoll „Bewegung geſchaffen“ haben. D. Red.)

mtb Paris, 29. Jan. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat die engliſche Regierung auf den Vorſchlag, die verſchiedenen Verwaltungsfragen, die in der Pfalz durch die Separatiſten aufgeworfen wurden, der Botſchafterkonferenz zu unterbreiten, noch keine Antwort erteilt. Der gleiche Vorſchlag wurde der belgiſchen Regierung übermittelt, die ſich auch noch nicht geäußert hat. Poincaré und Jaspar hätten ſich entgegen anders lautenden Meldungen am letzten Sonntag über dieſe Fragen nicht verſtändigt.

◆

vtm Paris, 29. Jan. Das „Petit Journal“ ſtellt feſt, daß die von den Londoner Blättern angekündigte Abſicht der engliſchen Regierung, die franzöſiſch-engliſchen Meinungsverſchiedenheiten über die Pfalz dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, wenig Ausſicht auf Annahme ſeitens der franzöſiſchen Regierung habe. Es ſei im übrigen in Paris darüber noch keine Mitteilung eingegangen.

Separatiſten und Franzoſen Hand in Hand.

Kuſel, 29. Jan. Die offenkundige, von franzöſiſcher amtlicher Seite aber immer noch geleugnete Unterſtützung der Separatiſten durch die Franzoſen, erhellt wieder einmal deutlich aus einem Rundſchreiben des franzöſiſchen Bezirksdelegierten von Kuſel, in dem alle Bürgermeiſter, die die ihnen abverlangten Loyalitätserklärungen zurückziehen wollen, mit kriegsgerichtlicher Verfolgung bedroht werden. Wir laſſen das Rundſchreiben im Wortlaut folgen:

„Interalliierte Rheinlandkommiſſion
Kreis Pfalz
Bezirk Kuſel
Nr. 57.
Kuſel, den 10. Januar

Major Lapoulite, Delegierter der J. R. K. K., Bezirk Kuſel
an Herrn Regierungskommiſſar für die Autonome Pfalz für den Bezirk Kuſel.

Ich beehre mich Ihnen mitzuteilen, daß die frühere Regierung der Pfalz, die ſich jetzt in Heidelberg befindet, an die Chefs der verſchiedenen Provinzen ein Rundſchreiben gerichtet hat, keine weiteren Arbeitsloſenunterſtützungen an Gemeinden zu zahlen, welche ſich zur ſeparatiſtiſchen Bewegung bekannt haben, oder welche nicht ihre Loyalitätserklärungen zurückgezogen haben.

Dieſe Verordnung iſt nicht zur Genehmigung der H. J. R. K. unterbreitet worden.

Ich bitte Sie, die Bürgermeiſter zu erſuchen, daß ſie, wenn ſie ſich dieſer Beſtimmung, die [illegible] geeignet iſt, die öffentliche Ordnung zu gefährden (Ord. Nr. 1 d. H. J. R. K. K.), unterwerfen, [illegible] kriegsgerichtlich verfolgt zu werden.

gez. Lapoulite.

Im Abdruck an
die Herren Bürgermeiſter [illegible]
[illegible]

Vorſtehendes Schreiben des Herrn Bezirksdelegierten wurde [illegible] der Weiterleitung an die Herren Bürgermeiſter des Amtsbezirkes.

Kuſel, den 11. Januar 1924.

Das Bezirkskommiſſariat.“

Der Beamtenabbau im beſetzten Gebiet.

Düſſeldorf, 31. Jan. Der kommandierende General Degoutte hat eine Verfügung über den Beamtenabbau im beſetzten Gebiet und einſchließlich Düſſeldorf erlaſſen und den zuſtändigen Stellen der deutſchen Behörden zugehen laſſen. Danach iſt es [illegible], ſich der Durchführung der Reichsverordnung vom 27. Okt. 1923 über den Abbau der Beamten und Angeſtellten unter dem folgenden Vorbehalt nicht zu widerſetzen: Durch die Zivildelegierten und kommandierenden Generale wird die Bekanntgabe des [illegible] des Abbaues [illegible]. Zunächſt müſſen ſämtliche erforderlichen Maßnahmen über die zu entlaſſenden Beamten und Angeſtellten zugleich mit [illegible] den [illegible] der Militärbehörden zugeſtellt werden.

Keine rheiniſche Goldnotenbank.

Köln, 29. Jan. Auf Erſuchen des Reichsbankpräſidenten Dr. Schacht iſt der Plan der Gründung einer rheiniſchen Goldnotenbank aufgegeben worden, da ſich die Ausſichten für die Gründung einer neuen deutſchen Goldnotenbank durch die Verhandlungen in Paris günſtig geſtaltet haben.

Der Bericht Clives.

Berlin, 28. Jan. Wie von zuſtändiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Bericht des engliſchen Generalkonſuls Clive in der ganzen pfälziſchen Bevölkerung aufrichtige Genugtuung ausgelöſt. Man erkennt in der Pfalz überall dankbar an, daß dieſer ſtreng ſachliche Bericht eine getreue Formulierung der dem engliſchen Beauftragten gegenüber zum Ausdruck gebrachten Stimmung in der Pfalz iſt. Beſonders wird die Feſtſtellung des engliſchen Generalkonſuls begrüßt, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der pfälziſchen Bevölkerung von der ſeparatiſtiſchen Herrſchaft nichts wiſſen wolle. Damit wird dieſe Kernfrage des ganzen Problems in der einzig möglichen Weiſe beantwortet. Wenn der engliſche Delegierte in Punkt 6 ſeines Berichts von der Neigung unzufriedener Bauern und Arbeiter für die Schaffung eines politiſch unabhängigen Rheinſtaates ſpricht, ſo muß darauf hingewieſen werden, daß dieſe Unzufriedenheit gewiſſer einzelner lediglich auf die beſtehenden wirtſchaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen iſt. Eine ſo auf wirtſchaftliche Gründe zurückzuführende Unzufriedenheit befindet ſich nicht nur in der Pfalz, ſondern in andern volkswirtſchaftlich bedrückten Ländern. Außerdem iſt zu bedenken, daß die letzte Urſache dieſer Unzufriedenheit nur in den Maßnahmen der vierjährigen Beſetzung der Pfalz durch die Franzoſen zu finden iſt. Was die Haltung der unzufriedenen Bauern betrifft, ſo braucht nur auf die bekannten Entſchließungen ſämtlicher bäuerlicher Organiſationen der Pfalz verwieſen zu werden, in denen der Wunſch der pfälziſchen Bauernſchaft, bei Reich und Bayern zu bleiben, klar und unzweideutig zum Ausdruck kommt. Wenn ſich Herrn Clive der Eindruck einer gewiſſen Unzufriedenheit unter der Bauernſchaft aufdrängte, ſo iſt das u. a. auch wohl darauf zurückzuführen, daß die Franzoſen ein gewiſſes Intereſſe daran hatten, Herrn Clive in erſter Linie die wenigen nicht zufriedenen Elemente, die es natürlich auch in der Pfalz gibt, als „Vertreter des Volkes“ zuzuführen. Daß dies der Fall war, iſt bei verſchiedenen Gelegenheiten klar erwieſen worden. Aehnlich verhält es ſich mit den in Punkt 6 des Berichtes erwähnten unzufriedenen Arbeitern. Von franzöſiſcher Seite ſind dem Generalkonſul nämlich in der Mehrzahl Erwerbsloſe als „Vertreter der Arbeiterſchaft“ zugeführt worden. Nun ſind bekanntlich in allen Gegenden diejenigen Elemente die Unzufriedenen, die ihren Erwerb verloren haben. Ueber die wirkliche Stimmung der ſozialiſtiſch orientierten und freigewerkſchaftlich organiſierten Arbeiterſchaft iſt Herr Clive von den Vertretern der pfälziſchen Sozialdemokratie genügend unterrichtet worden. So hat auch u. a. der Abg. Hoffmann, der ſich ſeinerzeit für die durchſichtigen Pläne des Generals de Metz hatte einfangen laſſen, in einer Unterredung mit Herrn Clive klar und deutlich im obenerwähnten Sinne ausgeſprochen.

Sabotage der Miſſion Clives.

Bad Dürkheim, 24. Januar. Das Recht der Redefreiheit vor dem engliſchen Generalkonſul Clive, das während deſſen Miſſion allen Pfälzern zugeſichert wurde, wird von den Separatiſten in der ſchmählichſten Weiſe mißachtet. Wegen ſeiner freimütigen Aeußerungen über die Separatiſten und ihre zweifelhaften Anhänger, beſonders auch über ihre Unterſtützung durch die Franzoſen, hat ſich der Winzer Roth von hier, der am 17. Januar in Neuſtadt vor dem Generalkonſul eine offenherzige Erklärung abgab, den beſonderen Zorn der „autonomen Regierung“ zugezogen. Infolge eines Befehls der „autonomen Regierung“ wurde [illegible] durch einen Trupp Separatiſten das geſamte bewegliche und unbewegliche Eigentum des Roth beſchlagnahmt. Eine von der Behörde verlangte Beſtandsaufnahme ſeiner Beſitzungen wurde von dieſen unter Berufung auf das Dienſtgeheimnis abgelehnt. Die Separatiſten erklärten darauf hin, daß ſie ſich dieſe auch unter Anwendung des Dienſtgeheimniſſes zu verſchaffen wüßten. Der Geſchädigte, der infolge der Drohung der Separatiſten, ihn zu erſchießen, wenn ſie ſeiner habhaft würden, ſeine Heimat verlaſſen mußte, hat bei der Interalliierten Rheinlandkommiſſion gegen dieſen Eingriff in ſeine Vermögensrechte Einſpruch erhoben.

Speyer, 26. Januar. Die „Autonome Regierung“ plant Strafmaßnahmen gegen eine Reihe von Pfälzern, die ſich bei Generalkonſul Clive ſcharf gegen den ſeparatiſtiſchen Terror ausgeſprochen haben. Es mußten ſich am 21. Januar zwei führende Mitglieder des Winzerbundes in Bad Dürkheim vor dem ſeparatiſtiſchen „Bezirkskommiſſar“ Jäger recht[fertigen]. Auf die Mitteilung der Herren, bei dem Empfang in Neuſtadt gar nicht anweſend geweſen zu ſein, wurden ſie mit dem Bemerken entlaſſen, das ſei für ſie ein Glück, denn die Beteiligung hätte für ſie ſehr ſchlimme Folgen gehabt. Am 23. Januar wurden die Herren nach Speyer zur „Autonomen Regierung“ beſtellt und vor dem berüchtigten Schmitz-Epper [illegible]. Durch die Drohung mit ſofortiger Verhaftung und Vermögensbeſchlagnahme erzwang Schmitz-Epper [illegible] Herren [illegible], eine Erklärung zu unterſchreiben, wonach die von dem Winzer Roth-Bad Dürkheim in Neuſtadt gemachten Ausſagen der Wahrheit nicht entſprechen. Die unter Gewalt erpreßte Erklärung wurde dem Generalkonſul Clive und General de Metz als „Beweisſtück“ für die angeblich ſeparatiſtenfreundliche Geſinnung der Bevölkerung übergeben.

Weitere engliſche Berichte.

mtb. London. Die „Times“ und der „Daily Telegraph“ veröffentlichen ausführliche Berichte ihrer Sonderkorreſpondenten in Speyer über die Verhältniſſe in der Pfalz. Der Berichterſtatter der „Times“ ſchreibt, es ſei notwendig, vorbehaltlos zu ſagen, daß es die franzöſiſche Politik allein ſei, die für das augenblickliche verderbliche Syſtem in der Pfalz verantwortlich ſei. Der franzöſiſche Durchſchnittsoffizier und Gendarm führe die Befehle des Generals de Metz und des Oberkommiſſars Tirard in dieſer Frage ohne Begeiſterung aus. Zahlreiche franzöſiſche Offiziere haſſen den Kontakt, den [illegible] ihrer Vorgeſetzten ſie zwingt, mit den [illegible] der deutſchen Bevölkerung [illegible]. — Die „Times“ äußert ſich in ihrem Leitartikel ſehr ſcharf über die durch die Haltung der Franzoſen in der Pfalz geſchaffene Lage und wendet ſich weiterhin gegen die Blockierung der Kölner Zone durch die Franzoſen, die durchaus unzuläſſig ſei. Im Intereſſe des Rufes der Engländer als Verteidiger des Rechts müßten ſie in Köln bleiben und eine feſte Haltung gegenüber allen Verſuchen einnehmen, ſie hinauszudrängen.

Eine neutrale Stimme.

mtb. London, 29. Jan. Der Sonderberichterſtatter der „Times“ in Trier ſandte ſeinem Blatte einen eingehenden Bericht über die Maßnahmen der Franzoſen zur Entdeutſchung dieſer Stadt. Er ſchreibt, nur in der Pfalz ſeien die Franzoſen in ihrer Unterſtützung der Separatiſten noch offener geweſen, als in Trier. Die Separatiſten konnten in zehn Minuten hinausgeworfen werden. Aber ſchon zweimal, als ſie von der Menge angegriffen und ihre Flaggen heruntergeholt worden ſeien, hatten die Franzoſen eingegriffen und berittene Spahis eingeſetzt, die mit großer Rückſichtsloſigkeit gegen die Menge vorgegangen ſeien. Der Berichterſtatter ſchildert, die verabſcheute rot-weiß-grüne Flagge werde von den Franzoſen überall geſchützt und zwar im Moſeltal und im übrigen Rheinland von Koblenz bis zur Pfalz. Was im beſonderen General de Metz anlange, ſo habe er ſich ſo ſehr mit den Separatiſten eingelaſſen, daß die Franzoſen die Unterſtützung derſelben nicht einſtellen könnten, wenn der General nicht abgelöſt würde.

Eine Erklärung Hoffmanns.

Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht eine Erklärung, die der pfälziſche ſozialdemokratiſche Abg. [illegible] dem engliſchen Generalkonſul Clive [illegible] in der Pfalz [illegible]. In ſeiner Erklärung [illegible], daß die ſozialiſtiſche Aktion in der Pfalz als die Erklärung einer von Bayern losgelöſten, aber im Rahmen des Deutſchen Reiches zu verbleibenden Pfalz [illegible]. [illegible] Gelegentlich einer Beſprechung von Vertretern der politiſchen und wirtſchaftlichen Verbände [illegible] de Metz [illegible] Heinz-Orbis [illegible] die Pfalz [illegible] des Deutſchen Reiches [illegible] den Separatismus und den Gedanken [illegible].

Ein Proteſt der geſamten Beamtenſchaft.

w. Köln. Die „Kölniſche Volkszeitung“ meldet aus Speyer: Die geſamte geſetzmäßige Beamtenſchaft der Pfalz, die über 15000 Reichs-, Staats-, Kreis- und Gemeindebeamten umfaßt, hat der Rheinlandkommiſſion in Koblenz durch eine Abordnung eine Proteſtkundgebung gegen die Separatiſten überreichen laſſen. Der Proteſt geht davon aus, daß der Artikel 5 des Rheinlandabkommens, nach dem die Zivilverwaltung in den beſetzten Gebieten in der Hand der deutſchen Behörden bleibt, bis heute zu Recht beſteht, und die Beamten ihr Folge zu leiſten und nach der deutſchen Geſetzgebung und unter Leitung der deutſchen Zentralregierung weiter zu arbeiten haben. Unſere geſetzmäßige Reichs- und Staatsregierung, ſo heißt es in dem Proteſt, bezahlt heute noch wie vor 3 Monaten uns alle, und mit dem Gelde unſerer Regierung in der Taſche ſollen wir gegen unſere Regierung und gegen Artikel 5 des Rheinlandabkommens arbeiten? Wir lehnen feierlich Mann für Mann es ein für alle Mal ab, der ungeſetzmäßigen Regierung in Speyer u. ihren bezahlten Organen Gehorſam zu leiſten oder für ſie zu arbeiten.

In dem Proteſt wird gefordert: 1. Schutz der verfaſſungsmäßigen Rechte der Beamtenſchaft u. Schutz der perſönlichen Freiheit ſowie des perſönlichen Eigentums; 2. ſofortige Aufhebung aller durch die Separatiſten vorgenommenen Verordnungen und Weiſungen; 3. vollſtändige Wiederherſtellung einer geordneten Rechtspflege und Verwaltung durch Unterbindung der ſeparatiſtiſchen Standgerichte durch Entfernung der Separatiſten aus allen Gemeinde- und öffentlichen Aemtern; 4. völlige Entwaffnung der Separatiſten u. Herſtellung des verfaſſungsmäßigen Zuſtandes auf Grund des Artikels 5 des Rheinlandabkommens.

Der Sonderbündler Schlich erſchoſſen.

* Mayen, 29. Jan. Am Donnerstag abend gegen 10 Uhr wurde der Sonderbündlerführer Schlich aus Bell zwiſchen Rieden und Obermendig erſchoſſen. Er wurde von acht Kugeln getroffen. Der Getötete trug ſelbſt einen entſicherten geladenen Revolver bei ſich. Schlich kam von einer ſonderbündleriſchen [illegible] nach Adenau. Er war der Anführer der hieſigen Sonderbündler. Während der Sonderbündlerherrſchaft ſpielte er den Landrat des Kreiſes Mayen. Während dieſer Zeit ließ er 7 Trillionen Geldſcheine drucken, die hier unter dem Namen „Schlichgeld“ bekannt ſind. Der Getötete war [illegible]bauer. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Blutige Zuſammenſtöße in Lauterecken.

Lauterecken, 28. Jan. Gegen den Separatiſtenterror in Lauterecken hat ſich die Bevölkerung [illegible] zur Wehr geſetzt. Die [illegible] verſuchten, den ſeparatiſtiſchen Stadtſchreiber Lammbacher aus dem Rathaus herauszuholen, um ihn zur Rechenſchaft zu ziehen. Das mißlang jedoch. Daraufhin erſchienen anfangs dieſer Woche etwa 8 bewaffnete Separatiſten in Lauterecken, die den Belagerungszuſtand und die Nachtſperre über die Stadt verhängten. Die durch dieſes rechtswidrige Vorgehen aufs höchſte erregte Bevölkerung holte noch abends die ſeparatiſtiſche Fahne vom Rathaus herunter und demonſtrierte gegen den Bürgermeiſter Schelling, weil er eine Loyalitätserklärung für die Separatiſten abgegeben hatte. Der Sohn des Bürgermeiſters [illegible] mit einem Revolver den Demonſtranten [illegible]. Es wurde ihm jedoch der Revolver entriſſen und er ins Haus hinein gejagt. Am nächſten Tage veranſtaltete die Bevölkerung einen Demonſtrationszug gegen die Separatiſten. Die vor dem Finanzamt ſtehende ſeparatiſtiſche Wache wurde entwaffnet. Hierauf zog die Menge vor die frühere Gendarmerieſtation, wo ſich 12 Separatiſten, darunter der frühere deutſche Gendarm Will, verſchanzt hatten, die auf die Menge Gewehrſchüſſe abgaben, ohne jedoch jemand zu verletzen. Das Gebäude wurde mit Feuerwehrſchläuchen von der Menge unter Waſſer geſetzt und die Türe mit Aexten eingeſchlagen, worauf ſich die Separatiſten ergaben, ihre Waffen ablieferten und ins Arreſtlokal geſperrt wurden. Inzwiſchen erſchienen von Kaiſerslautern und Kuſel in drei Laſtautos etwa 60 ſchwerbewaffnete Separatiſten, die ihre gefangen genommenen Kameraden befreiten und blindlings in die Menge hineinſchoſſen. Dabei wurde der gänzlich unbeteiligte Arbeiter Jerich, der ſich auf dem Wege zu ſeiner Arbeitsſtätte befand, von Separatiſten durch einen Kopfſchuß getötet. Die Separatiſten nahmen dann, unterſtützt von inzwiſchen ebenfalls eingetroffenen franzöſiſchen Gendarmen, etwa 30—80 Bürger von Lauterecken feſt, die unter ſchweren Mißhandlungen eingeſperrt wurden. Ein gewiſſer Johann Hornung wurde auf dem Rathaus in Gegenwart des franzöſiſchen Bezirksdelegierten von Kuſel von franzöſiſchen Feldgendarmen derart mißhandelt, daß er am Kopf und am ganzen Körper ſchwere Verletzungen davontrug. Die Separatiſten ſahen den Mißhandlungen zu. Nach der Mißhandlung wurde Hornung wieder auf freien Fuß geſetzt. Ein anderer Einwohner namens Devaux wurde ebenfalls von den franzöſiſchen Gendarmen durch Fauſtſchläge ins Geſicht und durch Stöße mit dem Gewehrkolben am Kopfe ſchwer verletzt und dann gefeſſelt mit anderen in das Gefängnis nach Kaiſerslautern gebracht. Die Frau eines anderen Einwohners, der ebenfalls verhaftet werden ſollte, ſich aber rechtzeitig durch Flucht derſelben entzog, wurde an Stelle ihres Mannes feſtgenommen und einige Zeit in Haft gehalten.

Eine Abſtimmung.

Speyer, 28. Jan. Die Gemeinden der Nordpfalz, der Heimat des erſchoſſenen Heinz-Orbis, ſprachen ſich in einer Volksabſtimmung mit über 90 Prozent gegen die Separatiſten aus.

Briefzenſur in der Pfalz.

Speyer, 28. Jan. Von der franzöſiſchen Beſatzungsbehörde iſt erneut eine Briefzenſur verhängt worden. Die Separatiſten überwachen ſeit geſtern in der Pfalz die ein- und ausgehenden Telephongeſpräche. Das Poſtamt in Kuſel iſt von den Separatiſten angewieſen worden, daß alle behördlichen Schreiben von der Poſt zunächſt ihnen zur Einſichtnahme vorgelegt werden müſſen, ehe ſie weiter befördert werden können.

„Ordentliche Polizei“.

mtb. Speyer, 28. Jan. Anläßlich eines Empfangs ausländiſcher Journaliſten, die zur Zeit die Pfalz bereiſen, durch General de Metz, wurde dieſem von den Journaliſten die Frage vorgelegt, wie es komme, daß die ſeparatiſtiſchen Banden mit Waffen im Lande herumziehen dürften, während die mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betrauten verfaſſungsmäßigen Beamten entwaffnet ſeien. General de Metz antwortete [illegible] darauf: Was Sie ſeparatiſtiſche Banden nennen, iſt die ordentliche Polizei der neuen Regierung, die wir [illegible] anerkennen. Durch dieſe Antwort iſt nun gewiſſermaßen offiziell die Unterſtützung der Feinde der Republik und des Friedens durch die Franzoſen beſtätigt und das Märchen von der Neutralität der franzöſiſchen Behörden ad abſurdum geführt.

Proteſt gegen die Vergewaltigung der Preſſe.

[illegible] Die [illegible] Vertreter der [illegible] Kirche, [illegible] und die Vertreter der ſämtlichen [illegible] „[illegible] Pfälziſche Landeszeitung“ [illegible] eingelegt und die Freigabe des Betriebes [illegible].

Separatiſtiſche Raubüberfälle.

Speyer, 29. Jan. Bewaffnete Separatiſten unter Führung von zwei Mitgliedern der ſogenannten autonomen Regierung haben geſtern die Stadteinnehmerei in Speyer beſetzt, um aus der Kaſſe die Zahlung der 30000 Goldmark zu erzwingen, die der Stadt bekanntlich von der Separatiſtenregierung als Strafe für die Erſchießung von Heinz-Orbis auferlegt worden ſind. Da die Stadteinnehmerei ſich weigerte, dieſe Strafe zu bezahlen, haben die Separatiſten mit Gewalt den ganzen Kaſſenbeſtand im Betrage von 4000 Goldmark beſchlagnahmt.

hb Berlin, 29. Jan. Nach einer Meldung des „[illegible]“ unternahmen pfälziſche Separatiſten einen Streifzug auf badiſches Gebiet und überfielen eine Stunde von Karlsruhe entfernt das Gut Maxau am Rhein, wo ſie mit vorgehaltenem Revolver die Gutsgelder raubten. Da der Gutspächter von den Franzoſen vor einigen Wochen entwaffnet worden war, hatten die Räuber leichtes Spiel.

vtm Kirchheimbolanden, 28. Jan. Die Separatiſten haben der Stadt eine Geldbuße von 15000 Franken auferlegt, weil die ſeparatiſtiſche Fahne vom Dach des Rathauſes heruntergeholt worden war. Der zweite Bürgermeiſter der Stadt und ein Stadtrat wurden heute von den Separatiſten verhaftet.

Speyer, 28. Jan. Die Separatiſten wollen die Neuwahl des erſten Bürgermeiſters von Bergzabern nicht anerkennen und ſuchen den [illegible], der [illegible] einmal eine Loyalitätserklärung abgegeben hat, [illegible]. Unter dem Druck der [illegible] ſcheint es als ob er etwas von den Separatiſten abrücken will.

mtb. Zweibrücken. Die „Zweibrücker Zeitung“ und die „Pirmaſenſer Morgenzeitung“ ſind von der Regierung der „autonomen Pfalz“ mit je 3000 Goldmark Geldſtrafe belegt worden. Eine gleiche Strafe wurde auch gegen den „Pfälziſchen Merkur“ verhängt. — Die Ausweiſung von mehr als 30 Beamten und Geſchäftsleuten, die während des paſſiven Widerſtandes erfolgte, iſt zurückgenommen worden.

Der englische Eisenbahnerstreik beendet.

London, 29. Jan. Der englische Eisenbahnerstreik ist beendet.

Nachdem der Eisenbahnerstreik beigelegt ist, droht dem englischen Wirtschaftsleben eine neue Erschütterung. Heute wird eine Beratung der Vertreter der Hafenarbeitergewerkschaften stattfinden, die über den Streik der Dockarbeiter beschließen soll. Da die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter auf Zahlung eines Zuschlages zu den Minimallöhnen abgelehnt haben, herrscht eine ziemlich starke Streikstimmung.

Briefwechsel Poincaré—Macdonald.

mb Paris, 30. Jan. Poincaré und Ramsay Macdonald haben Briefe ausgetauscht. Der Brief des englischen Premierministers ist Montag nachmittag durch den englischen Botschafter in Paris Lord Crewe am Quai d'Orsay überreicht worden. Gestern abend hat Poincaré die Antwort an Macdonald abgehen lassen. In den Briefen versichern die beiden Ministerpräsidenten, daß trotz allem, was die öffentliche Meinung [illegible], sie ihr möglichstes tun würden, um in freundschaftlicher Weise die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zu regeln und daß sie sich bemühen würden, für die Wiederherstellung Europas gemeinsam zu arbeiten.

Das „Echo de Paris" bemerkt dazu, englischerseits [illegible] gute Miene, um das Ende des französisch-englischen Konflikts als nahe bevorstehend erscheinen zu lassen. Gewiß kann in vielen Streitpunkten ein Einverständnis mehr oder weniger leicht erzielt werden, dadurch, daß man sich gegenseitig Konzessionen macht. Aber es gibt zwei Hauptfragen, über die die französischen und die britischen Thesen bis in ihrer Wurzel einander entgegenstehen, erstens die Methode, die man anwenden muß, um von Deutschland Zahlungen zu erlangen, zweitens aber das System, das aufgerichtet werden muß, um Frankreich und Belgien wirkungsvoll gegen die Wiederkehr von Ereignissen wie 1914 zu schützen. [illegible] daß das neue britische Kabinett sich bemühe, die Frage zu beantworten: Wie können wir tun, um die Franzosen und die Belgier aus dem Ruhrgebiet herauszubekommen? Was die Rüstung anbetreffe, so [illegible] in London das Reich nicht [illegible]. Man müsse aber daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles den Wegfall einer Sicherheitsmaßnahme für Frankreich enthielt, und daß dieses Abkommen am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde. [illegible] für das Rheinland seien für Frankreich unbefriedigend. Ließen sie doch darauf hinaus, in den Versailler Vertrag einen völlig neuen Gedanken einzuführen, dem sich Frankreich nicht anschließen könne, da er gleichbedeutend mit der Zerstörung sei.

London, 30. Jan. Zu dem Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré sagt der politische Mitarbeiter des „Daily Telegraph", man habe in London mit einiger Besorgnis die Antwort Poincarés erwartet, denn es sei nicht das erste Mal, daß ein englischer Premier seine Hand ausgestreckt habe, ohne daß diese Geste erwidert worden sei. Es scheine aber, daß Poincaré in durchaus freundlichen Ausdrücken geantwortet habe, so daß man in Zukunft auf eine bessere Atmosphäre rechnen könne. Der politische Mitarbeiter bemerkt, daß Macdonalds Politik entschlossen darauf hinaus gehe, das Richtige zu tun, weil es eben das Richtige sei, nicht aber weil man ein Geschäft machen wolle. [illegible] Frankreichs bewußt und erkenne offen an, daß an der [illegible] Amerikas von dem Sicherheitspakt [illegible] die gegenwärtigen internationalen Schwierigkeiten schuld seien.

Eine bedeutungsvolle Unterredung zwischen Poincaré und Jaspar.

mb Paris, 29. Jan. Ministerpräsident Poincaré hat heute nachmittag von 4 bis 5 Uhr mit dem belgischen Außenminister Jaspar verhandelt, der um 1 Uhr mittags in Paris angekommen ist.

mb Paris, 30. Jan. Der gut unterrichtete Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris" schreibt heute, daß die am Montag zwischen dem französischen und dem belgischen Außenminister geführten Besprechungen den Zweck hatten, die Lage zu besprechen, die durch die Bildung des Kabinetts Macdonald geschaffen wurde. Sowohl Poincaré als auch Jaspar seien, [illegible], über die Absichten des neuen englischen Kabinetts unterrichtet gewesen. Es scheine, daß die beiden Staatsmänner sich dahin geeinigt hätten, daß es [illegible] sei, auch nur die geringste Spannung mit England zu verhindern. Man könne nicht befürchten, daß die Arbeiter, durch Lloyd George aufgepeitscht (?) sich zu bedauernswerten Schritten hinreißen lassen. Aber man glaube, daß Macdonald die Absicht habe, die Berichte der beiden Sachverständigenausschüsse abzuwarten. Ihre Schlußfolgerungen seien Ende Februar zu erwarten, und man könne schon damit rechnen, daß dank den Anstrengungen des belgischen Hauptdelegierten Francqui die Früchte der belgischen technischen Studien dabei berücksichtigt würden. [illegible] Poincaré und Jaspar hätten sich auch mit den Schwierigkeiten beschäftigt, die sich durch die Zwischenfälle in Köln (Eisenbahnfrage) und in der Pfalz (Separatismus) ergeben hätten. (?)

Belgiens Politik.

London, 29. Jan. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" [illegible] Macdonald [illegible] eine belgische und gänzlich unabhängige Politik [illegible] Zusammenarbeit mit allen Alliierten [illegible] Belgien, führt der Korrespondent fort, hoffe immer noch, daß [illegible] Frage angenommen werde. [illegible] und französischen [illegible] werden.

Ankunft der Sachverständigen in Berlin.

Berlin, 30. Jan. (Drahtm.) Die Ankunft der Mitglieder des 1. Sachverständigen-Ausschusses und einiger Mitglieder des 2. Ausschusses, im ganzen etwa 40 Herren, erfolgt gestern abend um 7.10 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße. [illegible] mit Offizieren in Galauniform war auf dem Bahnsteig und vor dem Bahnhof aufgestellt. Bei [illegible] des Zuges [illegible] die Schutzpolizei das Gewehr. Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Lediglich einige Mitglieder der [illegible] unter Führung Dr. [illegible] waren zur Begrüßung erschienen. General Dawes äußerte Pressevertretern gegenüber, daß er in Berlin eine offene, freundschaftliche Zusammenarbeit erhoffe. Er freue sich, Deutschland besuchen zu können. Wie vor dem Bahnhof Friedrichstraße hatten sich auch vor dem Hotel Esplanade, wohin die Gäste mittels Kraftwagen geleitet wurden, zahlreiche Zuschauer eingefunden.

London, 30. Jan. Mc. Kenna, der Vorsitzende des zweiten Sachverständigen-Ausschusses, ist heute nach Berlin abgereist. Einer Reutermeldung zufolge erklärte er, er hoffe, daß der Ausschuß seine Arbeiten in einer Woche erledigen werde, doch könne er nichts Bestimmtes darüber sagen.

Keine Veröffentlichung des Frankenkurses in Essen.

Essen, 30. Jan. Die Besatzungsmächte haben die Veröffentlichung des Frankenkurses verboten.

Rumänien lehnt den Rüstungskredit ab.

London, 30. Januar.

Der „Daily Telegraph" meldet, daß Rumänien die von Frankreich vorgeschlagenen Garantiebedingungen für einen Rüstungskredit von 100 Millionen Franken, nämlich die Begründung der Regierungseinnahmen aus der Petroleumindustrie angelehnt hat, so daß die Verhandlungen zwischen Rumänien und Frankreich über diesen Kredit als gescheitert angesehen werden können.

Der französisch-tschechische Vertrag.

Der Text des Freitag in Paris unterzeichneten Allianz- und Freundschaftsvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich ist am Sonntag veröffentlicht worden. In diesem Vertrage bekennen sich die Präsidenten der französischen und der tschechoslowakischen Republik zu dem Grundsatz, nach den im Völkerbundsstatut niedergelegten internationalen Verpflichtungen zu handeln sowie den Frieden dadurch sicherzustellen, daß die juristische und politische internationale Ordnung der gemeinsam unterzeichneten Verträge respektiert werde. Sie schließen den Vertrag, um das Ziel gegenseitiger Sicherheitsgarantie gegen einen eventuellen Angriff zu erreichen und um ihre gemeinsamen Interessen zu wahren.

In Art. 1 verpflichten sich die beiden Regierungen, sich über die auswärtigen Fragen zu verständigen, die ihre Sicherheit in Gefahr bringen und die durch die Friedensverträge, die beide Regierungen gemeinsam unterzeichnet haben, aufgerichtete Ordnung gefährden könnten.

In Art. 2 verpflichten sich die Parteien, sich über die Maßnahmen zu verständigen, die geeignet sind, ihre gemeinsamen Interessen sicherzustellen, falls sie bedroht sind.

Art. 3 soll die politischen Grundsätze, die in Art. 88 des Friedensvertrages von St. Germain niedergelegt sind, sichern. Im Falle einer Bedrohung verpflichten sich die beiden Parteien über die zu ergreifenden Maßnahmen sich zu verständigen.

Art. 4 bezieht sich auf die Erklärung der Botschafterkonferenz vom 3. Februar und 1. April 1921 betr. die ungarische Regierung, d. h. deren Erklärungen vor den alliierten diplomatischen Vertretern vom 10. November 1921.

Art. 5 betont die Notwendigkeit, eine gemeinsame Haltung anzunehmen, falls irgend ein Versuch gemacht wird, die Dynastie der Hohenzollern in Deutschland wieder aufzurichten. Die Parteien verpflichten sich, sich über die Maßnahmen zu verständigen, die diese Eventualität erforderlich machen würde.

In Art. 6 erklären die Parteien, gemäß den Grundsätzen des Völkerbundsstatuts, falls über gewisse Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen, die nicht auf diplomatischem Wege geregelt werden können, diese Streitfragen entweder dem internationalen Gerichtshof im Haag oder mehreren von ihnen selbst ernannten Schiedsrichtern zu unterbreiten.

Ein „Mißtrauensvotum gegen den Völkerbund".

London, 28. Jan. Der Vertrag Frankreichs mit der Tschechoslowakei, der gestern hier veröffentlicht wurde, findet in der „Times" eine wenig günstige Beurteilung. Man könne zugeben, daß der Vertrag offen und ehrlich sei und dem Buchstaben nach mit den Völkerbundsatzungen übereinstimme, und trotzdem müsse man den Vertrag als solchen ablehnen, denn wenn er nichts anderes bedeute, als das, was er bei der oberflächlichen Prüfung zeige, so sei er überflüssig. Enthalte er aber noch mehr, so sei er ein Rückschritt. Vor allem sei der Vertrag auf Furcht und Feindschaft aufgebaut, und zwar auf der Feindschaft gegen Deutschland und Ungarn, die durch die Ketten, die der Friedensvertrag ihnen auferlegt habe, gefesselt werden sollten, und eine solche Politik widerspreche der Ansicht der meisten Engländer, die gewohnt seien, auch einem besiegten Feinde die Gelegenheit zu geben, sich wieder aufzurichten. Obwohl auch England keine Verletzung des Friedensvertrages zugebe, so wisse es doch eine Reihe von Vertragsbestimmungen, die ohne Abänderung nicht durchführbar seien, und jetzt schlössen Frankreich und die Tschechoslowakei einen neuen Vertrag ab, durch den Bedingungen des Friedensvertrages dem Feind aufs neue auferlegt würden, anstatt dem normalen Wiederaufbauprozeß Konzessionen zu machen. Eine größere Elastizität sei nötig, nicht aber größere Starrheit. Da aber die Völkerbundsatzungen die Ueberprüfung derjenigen Verträge, die sich als undurchführbar erwiesen hätten, verlangten, so befinde sich der französisch-tschechische Vertrag, der die alten Vertragsbestimmungen um jeden Preis aufrechterhalten wolle, keineswegs in Uebereinstimmung mit dem Geiste des Völkerbundes. Der Vertrag sei sogar ein Mißtrauensvotum gegen den Völkerbund, denn es scheine, daß die Tschechoslowakei sich mehr auf die bewaffnete Hilfe Frankreichs als auf die moralische Unterstützung des Völkerbundes verlassen wolle. Hieran trage England auch einen großen Teil der Schuld, indem es dem Ansehen des Völkerbundes einen tödlichen Streich versetzte, als es sich während der Korfu-Krise der Entscheidung der Botschafter-Konferenz fügte. Damals hätten sich die kleinen Staaten vom Völkerbund abgewandt; deshalb könne man den französisch-tschechischen Vertrag zwar bedauern, eine Ueberraschung sei dieser Abschluß aber nicht gewesen. — Der politische Beobachter des „Daily Telegraph", der neulich eine Besprechung mit Dr. Benesch gehabt hat, berichtet, daß Benesch großen Nachdruck auf die 8. Klausel des Vertrages lege, auf Grund deren der französisch-tschechische Vertrag nach Artikel 18 der Völkerbundssatzung dem Völkerbund unterbreitet werden solle. Die Erwähnung dieses Artikels sei bezeichnend, da nach ihm ein Vertrag nur Gültigkeit habe, wenn der Völkerbund ihn registriert habe.

Auch ein belgisch-tschechischer Allianzvertrag?

Paris, 28. Jan. Der tschechische Außenminister Benesch ist am Sonntag vormittag in Paris eingetroffen und hatte [illegible] eine längere Unterredung mit Poincaré. [illegible] daß der Abschluß eines belgisch-tschechischen Allianzvertrages nach französischem Muster bevorstehe.

Der italienisch-südslawische Vertrag.

Rom, 29. Jan. Den Blättern zufolge umfaßt der [illegible] Artikel [illegible] Der erste Artikel des Vertrages [illegible] Neutralität im Falle eines Krieges, [illegible] Zusammenarbeit bei militärischer Verteidigung und [illegible] wodurch die italienisch-südslawischen [illegible] in den politischen Fragen Mitteleuropas und des Balkans [illegible] Charakter erhielten. In den nächsten Tagen tritt eine [illegible] Sachverständigenkommission den endgültigen Text des Vertrages fest.

Die Wiederaufbau-Skandale.

Paris, 29. Jan. [illegible] daß die dort [illegible] Untersuchungskommission zur Prüfung der Verhältnisse in den befreiten Gebieten ihre Arbeiten abgeschlossen habe. Der „Information" wird hierzu folgendes [illegible]: Die Untersuchung in Lille hat verblüffende Ergebnisse gezeitigt. Die Kommission hat sich mit 106 zweifelhaften Fällen beschäftigt und konnte feststellen, daß in 48 Fällen erwiesene [illegible] Mißbräuche vorgekommen sind. [illegible] Die Kommission ist der Ansicht, daß eine Befreiung der [illegible] von [illegible] Kriegsschäden, die über einer bestimmten Summe liegen.

Faszistentag.

mb Rom, 29. Jan. Gestern abend fand im Palazzo Venezia die Hauptversammlung der nationalen Faszisten statt, an der [illegible] Minister, sechs Unterstaatssekretäre, 18 Senatoren, 68 Abgeordnete, 48 Vorsitzende von Abordnungen und Provinzialräten, 318 Bürgermeister und 18 Herausgeber von Zeitungen teilnahmen. Vertreter der Gewerkschaften und der nationalen Miliz waren gleichfalls anwesend. Auf dieser Versammlung hielt Mussolini eine Rede, in der er darauf hinwies, daß der Faszismus keine durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten unterdrücken wolle. Mussolini entwarf dann ein Bild der Werke des Faszismus, die dieser in dieser ersten Zeit seines Bestehens vollbracht habe. Im gegenwärtigen Wahlkampf werde der Faszismus alle Parteien, deren Bestrebungen auf Umsturz gerichtet seien, bekämpfen und jedes Bündnis mit anderen Parteien zurückweisen, er werde aber in die Wahlliste alle die aufnehmen, die der Nation wertvolle Dienste zu leisten in der Lage seien. Nachdem Mussolini noch hervorgehoben hatte, daß sich in der letzten Zeit der verhängnisvolle unvermeidliche Niedergang aller sozialistischen Versuche gezeigt habe, erklärte er, daß der Faszismus als nationale Form der Wiedergeburt von Kraft und Disziplin künftig ein Leuchtfeuer sein werde, das in Ehrfurcht betrachtet werde, auf das alle Völker der Erde blicken, besonders die, die unter den gleichen Leiden seufzten, die Italien [illegible] glücklich überstanden habe. Schließlich hob Mussolini [illegible] hervor, daß das italienische Volk arbeitsam und friedliebend sei, und sich in eine harte Zucht genommen habe. Er schloß mit den Worten, daß die Faszisten zu jeder Zeit, wenn es sich um das Vaterland handle, bereit seien, den Tod zu geben und zu empfangen.

Die Streikwelle im R[illegible]

mb Hagen, 30. Jan. Die Gemeindearbeiter [illegible] haben heute früh geschlossen die Arbeit niedergelegt. [illegible] den beteiligten Gewerkschaften und der Stadtverwaltung [illegible] bisher nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Die technische Nothilfe ist noch nicht eingesetzt. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Gemeindebeamten sind an dem Ausstand nicht beteiligt. Verhandlungen finden einstweilen nicht statt. In Hagen und Hamborg sind die Gemeindearbeiter schon gestern in den Ausstand getreten. In Wuppertal hat der Streik eine weitere Verschärfung erfahren. Die Angestellten der Schwebebahn in Barmen-Elberfeld haben sich der Ausstandsbewegung angeschlossen. Da das Publikum zumeist auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen ist, wickelt sich der Verkehr nicht ohne Störungen ab.

Dortmund, 30. Jan. (Drahtm.) Nach dem hier gefällten Schiedsspruch wird die Arbeitszeit für die Werkstättenarbeiter auf 56 Stunden die Woche verlängert und zwar ausschließlich der Pausen für das Personal bei [illegible] Schicht. Ueberstunden werden werktäglich mit 25 Prozent, Sonntags mit 50 Prozent Aufschlag zu bezahlen. Der Stundenlohn ist bisher auf 30 Goldpfennige festgesetzt worden.

Recklinghausen, 30. Jan. Zur schnelleren Abwickelung der Zollmaßnahmen sind hier wie in Dortmund eine Reihe baulicher Veränderungen notwendig. Den Bau der Gebäude am Güterbahnhof übernimmt die Regie, dagegen muß ein weiterer Zollabfertigungsschuppen von 30 Meter Länge und 3,80 Meter Breite von der Reichsbahn ausgeführt werden. Zur Beschleunigung der Arbeiten wird auf Antrag der Bochumer Handelskammer die Stadt Recklinghausen den Bau ausführen lassen.

Duisburg, 30. Jan. Der kommandierende General der Besatzungsabteilung Duisburg-Ruhrort hat die Aufhebung von Ausweisungen für 30 Duisburger Bürger, sowie zweier Zollgrenzsekretäre verfügt.

◆

Britische Heeressendungen angehalten.

mb London, 30. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, daß die Anhaltung eines Wagens mit britischen Heeresvorräten in Aldenrath eine ernste Angelegenheit sei. Das Abschneiden britischer Militärvorräte würde die Stellung der Engländer in Köln unerträglich machen. Premierminister Macdonald habe in Paris energisch Protest gegen dieses Vorgehen erhoben und die Freiheit der englischen Verbindungen verlangt.

Auf seiner Reise nach Edinburg erklärte Premierminister Macdonald: Wir haben eine sehr schwere Aufgabe vor uns und wir werden alles tun, was wir können, um die Arbeiterpartei zu einer größeren Macht zu machen, als sie ist. Nicht nur in diesem Lande, sondern in ganz Europa haben wir ein großes Durcheinander gemacht. Unsere Pflicht ist es, dieses Durcheinander in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Arbeiterpartei aufzuräumen. Ich hoffe, daß man uns etwas Zeit geben wird. Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden.

mb Paris, 30. Jan. Nach einer Meldung aus Athen hat Venizelos wegen der oppositionellen Haltung Papanastasious in der Frage des Wiedererscheinens der royalistischen Blätter, die seit der Revolution verboten waren, und wegen des Widerstandes der Republikaner gegen seine Ausgleichsversuche die Nationalversammlung verlassen. Nach einer erregten Diskussion wurde das Wiedererscheinen der royalistischen Blätter mit 208 gegen 38 Stimmen gutgeheißen. Der Justizminister hatte erklärt, daß die Regierung der Frage große Bedeutung beimesse.

◆

Preußen für Aufhebung des Ausnahmezustandes.

mb Berlin, 29. Jan.

Der preußische Landtag behandelte heute den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes, der von Meyer-Ostpreußen begründet wurde. Der Minister des Innern wies darauf hin, daß sich vor einigen Monaten in einer Konferenz der Ministerpräsidenten mit den Vertretern der übrigen Einzelstaaten dahin verständigt hat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zu befürworten. Diese Stellungnahme werde von der Staatsregierung heute noch als richtig anerkannt. Der Ausnahmezustand dürfe nicht zur Regel werden, er verliere sonst an Achtung. Bei wirtschaftlichen Streitigkeiten sei die Schutzpolizei verpflichtet, sich ganz neutral zu verhalten.

Sodann erklärte namens der Demokraten der Abgeordnete Preuß, daß die Demokraten den kommunistischen Antrag unterstützen, da nach der Weimarer Verfassung die Souveränität der Volksgewalt über die Militärgewalt aufrecht erhalten werden müsse. Der Abgeordnete Kettner gab die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem kom. Antrag bekannt, da der Ausnahmezustand gegen Bayern sich als wirkungslos gezeigt habe. Der Antrag wurde darauf mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und des Abgeordneten Stieler angenommen.

◆

mb Berlin, 29. Jan. Im Sparausschuß des Reichstages erklärte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums zum Personalabbau, daß bis zum 31. Januar voraussichtlich 14 Prozent des Beamten- und Angestelltenbestandes der Reichsbahn und rund 10 Prozent der Eisenbahnarbeiter ausgeschieden sein werden.

Keine Regierungskrise in Preußen.

Berlin, 30. Jan. Wie wir hören, kann die Gefahr einer preußischen Regierungskrise als beseitigt gelten, weil in der heute vormittag stattgefundenen Sitzung der Landtagsfraktion [illegible] mit der Regierung erzielt wurde. Das Zentrum wird voraussichtlich auf seinen Antrag der Herabsetzung der Grundsteuer um 25 Prozent zurückziehen, während die Regierung dem Wunsch des Zentrums in der Staffelungsfrage entgegenkommen wird.

◆

Die Zentrumsfraktion des Landtages hat in ihrer heutigen Sitzung es abgelehnt, Arnold Rechberg über seine Pariser Verhandlungen zu hören. Nachdem der Reichskanzler eine von Rechberg nachgesuchte Audienz verweigert hatte, war dieser durch Vermittlung eines hohen Geistlichen an die Zentrumsfraktion herangetreten, über seine Besprechungen und Verhandlungen zu berichten. Nunmehr ist auch dieses Gesuch abgelehnt worden.

Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Berlin, 30. Jan. (Drahtm.) Wie der „Lok.-Anz." berichtet, hat die Eisenbahnverwaltung beschlossen, am 1. März die Personentarife der 3. Klasse und 4. Klasse um etwa 50 Prozent zu erhöhen.

◆

Der Verkehrsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt gestern eine Sitzung ab und nahm eine Entschließung an, in der eine starke abermalige Herabsetzung der Gütertarife als unumgängliche Notwendigkeit für den Fortbestand der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie bezeichnet wird.

Das Volksbegehren in Bayern.

Berlin, 29. Jan. Wie die Blätter aus München melden, liegen seit gestern abend die Listen der beiden von der Bayerischen Volkspartei eingeleiteten Volksbegehren zur Eintragung aus. Die Eintragung soll am 15. Februar beendet sein. Die Bayerische Mittelpartei wird heute über ihre Stellungnahme dazu entscheiden.

Katastrophe im Leunawerk.

Merseburg, 25. Jan. Am Donnerstag, zwischen 9 und 10 Uhr vormittags ereignete sich im Leunawerk eine schwere Explosion. Ein Hochdruckbehälter füllte sich aus bisher unbekannten Gründen mit einer Gasluftmischung, die zur Entzündung kam, wobei der Behälter in Stücke gerissen wurde. Durch abfliegende Sprengstücke wurde leider eine große Anzahl Angestellter und Arbeiter teils schwer, teils leicht verletzt. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf 16, die der Leichtverletzten auf 35 angegeben. Der größte Teil dieser Leute befand sich in einer in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle gelegenen Werkstätte. Bedauerlicherweise ist auch der Verlust von drei Menschenleben zu beklagen. Die Explosion verursachte an den umliegenden Bauten erheblichen Sachschaden. Die Fortführung des Betriebes ist nicht in Frage gestellt.

Der Attentatsplan gegen v. Seeckt.

Berlin, 29. Jan. In der Presse sind im Zusammenhang mit dem Hineinziehen des bekannten Führers des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß, in die Attentatsaffäre gegen den General von Seeckt verschiedene Versionen aufgetaucht, die sich durchweg unrichtig sind. Von zuständiger Stelle wird daher folgendes mitgeteilt: Die Vernehmung des Justizrat Claß ist nicht, wie in den Pressemitteilungen angenommen wurde, von dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit, sondern von dem zuständigen Untersuchungsrichter angeordnet, der auf Grund eingehender Aussagen des verhafteten Dr. Georg Grandel eine Vernehmung des Justizrats Claß für notwendig gehalten hat. Nach der Aussage Grandels soll Claß der eigentliche Urheber des Attentatsplanes gegen General von Seeckt gewesen sein. Claß soll auch im Zusammenhang mit der Ermordung des Generals einen neuen Umsturz im Reiche geplant haben.

◆

Eine neue Entscheidung zur Hypothekenfrage.

Nachdem kürzlich der 6. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln in einem Falle die Rückzahlung einer Hypothek zum vollen Goldwert für angemessen erachtet hat, hat sich soeben der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln mit der Hypothekenfrage befaßt. Er weist die Klage eines Hypothekenschuldners, der Löschung einer Hypothek aus dem Jahre 1898 von 30 000 Mark beansprucht, ab und stellt fest, daß die Gläubigerin einen höheren Betrag beanspruchen kann. In den Gründen des am 16. Januar verkündeten Urteils sind folgende Ausführungen des Oberlandesgerichts von allgemeinem Interesse gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt:

Mark ist eben nicht gleich Mark: die jetzige sogen. Mark hat mit der Vorkriegsmark nichts als das Wort „Mark" gemein, sondern stellt im Wert einen schwankenden, aber ganz verschwindenden Bruchteil der wirklichen Mark der Vorkriegszeit dar. Wenn also Vorkriegsschulden in jetziger Mark zurückgezahlt werden, kann das nur durch Zahlung eines dem Entwertungsverhältnis entsprechenden Vielfachen des Nennbetrags geschehen. Dieser Grundsatz wird freilich Einschränkungen erleiden müssen, wo die Rücksicht auf die Lage des Schuldners dies gebietet. Dieser Fall liegt hier nicht vor, denn auch die Ziffer des Widerklageantrags stellt keinesfalls einen Wert dar, dessen Zahlung die Klägerin irgendwie nennenswert berühren könnte.

Hierzu wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Auch der fünfte Zivilsenat kommt also zu der Ansicht, daß unter Umständen die Rückzahlung einer älteren Hypothek zum vollen Goldbetrag verlangt werden kann, und diese Zahl von Hypotheken wird umso größer, je mehr wir uns den Goldpreisen und damit gleichzeitig den früheren Grundstückswerten nähern. Damit ist abermals bewiesen, daß die Bestimmung einer Grenze der sogenannten Aufwertung eine willkürliche Entrechtung darstellt. Entweder bleibt der Wert einer Hypothek unter der Grenze, dann ist diese gegenstandslos, oder er übersteigt sie, dann bedeutet sie für den übersteigenden Teil die entschädigungslose Wegnahme eines bestehenden Rechts. Was das Reichsgericht hierzu denkt, ist in der Kundgebung des Richtervereins beim Reichsgericht vom 8. ds. Mts. ausgeführt (siehe Kölnische Zeitung Nr. 41 vom 17. Januar 1924).

Berlin, 29. Jan. Wie die „Vossische Zeitung" erfahren will, ist zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsjustizministerium eine Verständigung [illegible] im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung [illegible] Nur im Ausnahmefall kann durch gerichtliche Entscheidung [illegible] Das Reichskabinett wird den [illegible] über die Vereinbarung Beschluß fassen. Ob für die Aufwertung der Obligationen dieselben Sätze gelten sollen, steht noch nicht fest.

Rodzianko †.

Belgrad, 25. Jan. Der ehemalige Präsident der letzten russischen Duma Rodzianko ist gestern in [illegible] Dorf [illegible] bei [illegible] einem Herzschlage erlegen. Der letzte politische Akt des Verstorbenen war der vor vierzehn Tagen an alle Mächte gerichtete Appell, das Sowjetregime nicht anzuerkennen.

Aus dem Saarbrücker Stadtparlament.

Saarbrücken, 30. Jan.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde um 5.10 Uhr von Bürgermeister Dr. Nalkes eröffnet. Zur Weiterführung der Kinderschulspeisung bis zum 31. März ds. Js. sind 88 000 Franken erforderlich. Die Stadtverordneten stimmten der Bereitstellung dieses Betrages zu. —

Als Beisitzer des Mieteinigungsamtes für die Stadt Saarbrücken werden folgende Herren gewählt: Büroinspektor Karl Schiffler, Buchhändler Karl Kelz, Gastwirt H. Klein, Kaufmann L. van Hees, Lokomotivführer P. Gräber, Werkzeichner Ludwig Schätzel, Postsekretär Michel Krill, Kaufmann A. Langlitz, Kaufmann Eugen Schreiner, Kaufmann Jos. Willanger; für einen zurückgetretenen Kandidaten wird ein anderer vom betr. Verein demnächst benannt. —

Die Beratung über die Umwandlung vorhandener Angestelltenstellen in Beamtenstellen und Besetzung von Beamtenstellen mußte, obwohl in der letzten Sitzung schon zustimmend verabschiedet, erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden, da die Reg.-Komm. Bedenken wegen der Schaffung neuer Beamtenstellen geäußert hatte. Die Stadtverordneten billigten aber auch gestern die Vorlage der Verwaltung und baten um beschleunigte Behandlung der Angelegenheit.

Die Lieferung der Telefonanlage (automatisches Selbstwählersystem) für das verbundene Rathaus und das Erweiterungsgebäude wird der Firma Siemens und Halske zum Angebot von 387 000,20 Franken übertragen. —

Die Kosten für die Verlegung der Gasleitung in der Mainzerstraße aus der Notbrücke in den Straßenkörper werden in Höhe von 10 300,15 Franken bewilligt. — Weiter werden 114 000 Franken für die Pflasterung der Straßenkreuzung Alleestraße und Präsident-Baltz-Straße bereitgestellt. — Der Bebauungsplan für den Stadtteil Rußhütte-West wird genehmigt. —

Punkt 8 der Tagesordnung „Umlegung der Kosten der Erweiterung der Dudweiler Straße" gemäß § 8 des K. A. G. wird zur weiteren Durchberatung an die Kommission zurückverwiesen.

Die Instandlegung der Feldwege im Gewann 6 der Gemarkung St. Arnual und im Gewann 8 der Gemarkung Saarbrücken wird nach den vorliegenden Kostenanschlägen beschlossen.

Einer Abänderung des Ueberschlagsplanes zum Ortsstatut betr. die Heranziehung der Grundstückseigentümer zu den Instandsetzungs- und Unterhaltungskosten der Feldwege in verschiedenen Gewannen der Gemarkungen Malstatt-Burbach und St. Arnual wird zugestimmt. — Interpellationen und Mitteilungen liegen keine vor, worauf die Sitzung nach ½-stündiger Dauer beendet ist. Eine geheime Sitzung schließt sich an.

Zum Buchdruckerſtreik.

Die tariftreuen Buchdruckereibeſitzer des Saargebietes ſind im höchſten Maße überraſcht über die Auffaſſung der Gehilfenſchaft, daß die Frage des Achtſtundentages nicht reſtlos geklärt worden ſei.

Ohne ſchärfere Stellung zu den Äußerungen der Gehilfenſchaft zu nehmen, wiederholen die tariftreuen Buchdruckereibeſitzer zum fünften Male ihre abgegebene Erklärung, die zum letzten Male in der Schlichtungsausſchuß-Sitzung ergeben worden iſt.

Der Vorſitzende des Schlichtungsausſchuſſes, Herr Gewerberat Jacobi, hatte die Anfrage bezüglich des Standpunktes zum Achtſtundentag an den Vertreter der Prinzipalität, Herrn Hall gerichtet. Herr Hall hat darauf das Mitglied der Tarifkommiſſion, Herrn Hanſen, der den Standpunkt der Prinzipalität zu dem Achtſtundentag bereits ausführlich in der Prinzipalsſitzung vom 22. Januar präziſiert hatte, gebeten, zu verſuchen, trotzdem er Beiſitzer ſei, ſeine damals gegebene Erklärung nochmals zu wiederholen. Dieſe Erklärung, die zum Beſchluß erhoben wurde, lautete:

„Es denkt zur Zeit keiner der tariftreuen Prinzipale daran, etwas an dem Zuſtande des Achtſtundentages zu ändern, wie er im Saargebiet beſteht."

[illegible]

Mit ihrer Behauptung, daß der Buchdruckerſtreik im Saargebiet dadurch heraufbeſchworen ſei, weil die Prinzipalität den Verſuch unternommen habe, den Achtſtundentag abzubauen, iſt die ſozialdemokratiſche „Volksſtimme" [illegible]

[illegible]

In der heutigen Nummer (vom 29. Jan.) der „Volksſtimme" [illegible]

[illegible]

Aus Stadt und Land.

[illegible]

Landesratswahl 27. Januar 1924

Kreis	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung %	Unveränderte Stimmzettel	S.P.D.	Kommuniſten	Haus- u. Grundbeſitz	[illegible]	Deutſch-Saarländ. Volkspartei	Zentrum	[illegible]	[illegible]
Saarbrücken Stadt	63022	40060	66	37686	7668	3500	3890	1800	4906	9905	670	2880
Saarbrücken Land	94915	67066	70	62225	13220	11525	1875	404	10026	22982	2268	4730
Saarlouis	65884	43252	65	37741	5128	8112	665	77	2281	20127	1311	5510
Merzig	17672	11980	70	10849	1224	2170	259	40	888	6314	184	1131
Ottweiler	70684	49843	70	46092	10447	7087	2679	167	5219	16081	1289	2371
St. Wendel	15898	10271	64	8949	1419	789	309	67	396	5618	307	1329
St. Ingbert	26819	18216	67,6	17094	2045	2232	469	146	1567	9805	807	1123
Homburg	20765	13862	66	13881	3054	2065	448	138	2145	4855	132	287
	378746	255048	67,6	234837	54779	39400	[illegible]	[illegible]	[illegible]	96950	6590	20210

Die veränderten Stimmzettel betragen 8,1 %. Die Zahlen der Parteien ſind hier errechnet nach den unverändert abgegebenen Stimmzetteln. Auf dieſer Grundlage ergibt ſich folgende Mandatsverteilung: Zentrum = 14, S.P.D. = 6, K.P.D. = 5, H. u. G. = 1, D.S.V. = 4. Es ergibt ſich bei Addierung der einzelnen Parteiergebniſſe (einſchl. veränderte Stimmzettel) ein Plus von 59 Wählern, das noch nicht aufgeklärt iſt.

Bühnenvolksbund Saarbrücken. In dem Hans-Sachs-Abend am Freitag, den 1. 2. [illegible]

Im Verkehrsverein [illegible]

St. Ingbert, 29. Jan. [illegible]

[illegible]

Der Streik am Niederrhein.

Die Streikbewegung im Wuppertal [illegible]

[illegible]

Tagesneuigkeiten.

Rieſige Falſchgeld-Produktion. [illegible]

Ein großer Beſuch gerettet. [illegible]

Eine verhängnisvolle Autofahrt. [illegible]

Raubüberfall. [illegible]

Bergwerksunglück. [illegible]

Landwirtſchaft, Gartenbau, Kleintierzucht.

[illegible]

Pariſer Deviſenkurſe vom 30. Januar. Deutſchland —; Amerika 21,94, Belgien 89,27½, England 93,55, Holland 8,08, Schweiz 375,50.

Offizielle Preiſe der Produktenbörſe zu Saarbrücken

[illegible]

Saarbrücken, 29. Jan. 1924.	22. 1. 24 Frs.	29. 1. 24 Frs.
Mühlenfabrikate:		
Weizenmehl, [illegible]	—	143
Roggenmehl 0	—	—
„ [illegible]	122	122
Weizenkleie, [illegible]	60	55
„ [illegible]	56	56
Roggenkleie	55	55
Weizenfuttermehl	67	68
Roggenfuttermehl	68	70
Getreide:		
Lothringer Weizen	102	103
„ Roggen	82	86
Braugerſte	92	100
[illegible]	92	[illegible]
[illegible]	70	74
Ausländiſcher Hafer	—	—
[illegible]	112—118	112—120
[illegible]	89	88
Pferdemais	150—160	166—167
Rauhfutter, Kartoffeln usw.:		
[illegible]	32	32
[illegible]	35	35
[illegible]	31	33
Kartoffeln	42—44	42—44
[illegible]	—	—
[illegible]	—	—
[illegible]	116	116

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Chefredakteur Dr. [illegible] Saarbrücken. Für den Anzeigenteil [illegible] Saarbrücken.
Druck und Verlag:
Bezirksverein Saar des Vereins Deutſcher Zeitungsverleger.

Apollotheater

Donnerstag, den [illegible] Januar, [illegible] Uhr:
Bunte Bühne

Jagdverpachtung.

Die Jagd in dem gemeinſchaftlichen Jagdbezirke der Gemeinde **Düppenweiler** wird am **Montag, den 11. Februar 1924, nachm. 3 Uhr** in der Gaſtwirtſchaft **Hoffmann** zu **Düppenweiler** öffentlich meiſtbietend auf 6 [illegible] 10 Jahre verpachtet.

Der Jagdbezirk umfaßt 1225 ha, davon 430 ha Wald, und wird in zwei Bezirke eingeteilt, welche durch die Straße Dieſſen-Düppenweiler-Honzrath begrenzt werden.

Der obere Teil nach Oſten zu iſt groß 747,5 ha, darunter 280 ha Wald und der untere Teil nach Weſten zu iſt groß 477,5 ha, darunter 150 ha Wald.

Nach Verſteigerung der einzelnen Bezirke wird die ganze Jagd ausgeboten und behält ſich der Jagdvorſteher den Zuſchlag in allen Fällen vor.

Die ſonſtigen Jagdpachtbedingungen liegen beim Jagdvorſteher offen und werden im Termin bekannt gegeben.

Die Verpachtung erfolgt unter Zugrundlegung des Dollarkurſes am Tage der Verpachtung.

Düppenweiler, den 24. Januar 1924.

Der Jagdvorſteher
Schummer
Gemeindevorſteher.

Maſchinen-ſetzer, Handſetzer, Buchdruck-maſchinen-meiſter Korrektoren

finden dauernde Stellung.

Meldungen an die Geſchäftsſtellen des Deutſchen Zeitungs-Verlegervereins, Bezirksverein Saar, Saarbrücken, Eiſenbahnſtraſſe 33 u. Rathausplatz 5.

Jagd-Verpachtungen.

Am 4. Februar 1924, nachmittags um 2 Uhr, zu Quierſchied(?), in der Wirtſchaft **Klink,** werden die **Feld- und Waldjagden** der Gemeinden:

Frutzweiler, Hüſten, Eiſenthal, Rehweiler, Quiernbach, Frohnweiler und Bahnwegen

auf die Dauer von 9 Jahren verpachtet. Sämtliche Jagden werden in einem, mit Ausnahme von Rehweiler in zwei, Jagdbogen verſteigert.

Die Jagden ſind leicht durch die Bahn ab Station Rehweiler und Glanmünchweiler zu erreichen. Rehweiler und Glanmünchweiler liegt an der ſtädtiſchen Bahn-Strecke Bad-Münſter a. St.—Homburg.

Der Wildſtand iſt vorzüglich auch auf Rehe.

[illegible], den 17. Januar 1924.

Das Bürgermeiſteramt:
[illegible]

Simbach-Mühle

Ausflugsort. Kaffee- und Wein-Reſtaurant.
Station Güdingen. — Straßenbahn-Linie 5.

[illegible]

Allgemeine Ortskrankenkaſſe für den Kreis Saarlouis.

Außerordentliche Ausſchußſitzung.

Die Herren Ausſchußmitglieder werden gebeten, zu der am Donnerstag, den 7. Februar 1924, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Café [illegible] zu Saarlouis ſtattfindenden außerordentlichen Ausſchußſitzung vollzählig zu erſcheinen.

Tages-Ordnung:
1. Errichtung eines Verwaltungsgebäudes.
2. Erhöhung der Grundlöhne und Statuten-Änderungen.
3. Verſchiedenes.

Der Vorſitzende des Vorſtandes
I. A.
H. Schuh, 2. Vorſitzender.

Nach längerer Tätigkeit an den Univerſitätskliniken zu Würzburg (Geheimrat Prof. Dr. Hofmeier, Prof. Dr. Morawitz und Prof. Dr. Hagemann) und an den Krankenanſtalten [illegible] habe ich mich in **Rohrbach-Saar** als

prakt. Arzt
Wundarzt u. Geburtshelfer

niedergelaſſen [illegible]

Sprechſtunden vormittags von 9—10 Uhr,
nachmittags von 3—5 Uhr.

Dr. med. Rich. Hertel.

Vorläuf. Telephonruf Nr. 218 oder 121 Amt St. Ingbert.

Jagd-Verpachtung.

Am Donnerstag, den 7. Februar 1924, nachmittags 4 Uhr, im Gaſthauſe „zur Poſt" wird die

Feld- und Waldjagd

der Gemeinde **Rohrbach** öffentlich verpachtet.

Die Verpachtungsbedingungen können beim Bürgermeiſteramte während den Dienſtſtunden eingeſehen werden, auch werden dieſe bei der Verpachtung bekannt gegeben.

Rohrbach, den 28. Januar 1924.

Das Bürgermeiſteramt:
Jacob.

Tiefbautechniker

erfahren in [illegible] zur Bearbeitung eines Straßenbauprojektes, [illegible] 12,00 km **geſucht.** Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabſchriften und Angabe der Gehaltsanſprüche bis 5. Februar d. J. [illegible] **Kreisbauamt Saarbrücken 1,** Schloßplatz 6/8.

Kreisbauſchule Kaiſerslautern.

Das Sommerſemeſter 1924 beginnt am 3. März 1924. Anmeldungen in der 1. Hälfte des Februar mündlich oder ſchriftlich beim Direktorat der Höheren techniſchen Staatslehranſtalt.

Neueintretende müſſen mindeſtens 16 Jahre alt ſein [illegible]

Das Direktorat: Meir.

Schutzverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet e. V. Ortsverein **Saarbrücken**

Heute

7.30 Uhr nachm. Großer Saal des Johannishofes, Saarbrücken 3, Mainzerſtraße [illegible]

Generalverſammlung

Wichtige Tagesordnung

U. a. Lohnſteuer; Frankenentwertung; Unterſchriftkontrolle. **Der Vorſtand.**

Jagdverpachtung.

Die Feld- und Waldjagd der Gemeinde **Contwig** (etwa 10 000 Morgen) wird in drei Bogen auf die Dauer von 9 Jahren am **Montag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr,** in der Wirtſchaft **Rehner zu Contwig** an den Meiſtbietenden öffentlich verſteigert. Vor der Verſteigerung werden die näheren Bedingungen bekanntgegeben. 1035

Contwig, den 16. Januar 1924

Bürgermeiſteramt:
Becker.

Das Nachrichtenblatt des Vereins deutſcher Zeitungsverleger, Bezirksverein Saar erſcheint in einer Auflage von über **150 000 Exemplaren.**

Inſerate werden angenommen in allen Geſchäftsſtellen der dem Verein angeſchloſſenen Zeitungen. Der Preis für die 1ſpaltige Millimeter-Zeile beträgt Frs. 2.—. Berückſichtigung zur Aufnahme können in erſter Linie nur Familienanzeigen u. Bekanntmachungen von Behörden finden.

Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen wurde uns meine liebe Frau, unsere gute Tochter und Schwester

Frau Else Kneuper

geb. Triemel

durch einen jähen Tod entrissen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Otto Kneuper

Oberstudiendirektor.

Mülheim-Ruhr, den 23. Januar 1924.

Nachruf.

Am 21. Januar verschied nach längerem Krankenlager der zweite Vorsitzende unseres Aufsichtsrates

Seine Exzellenz Generalleutnant z. D.

Conrad von Schubert

in Berlin.

Der Verstorbene war nahezu zwanzig Jahre hindurch Mitglied unseres Aufsichtsrates und eine längere Reihe von Jahren dessen Vorsitzender. In dieser Eigenschaft hat er unserer Gesellschaft sein besonderes Interesse zugewandt und durch rege Mitarbeit unter Einsetzen seiner Person die Aufgaben unseres Unternehmens so gefördert, daß es zu seinem heutigen Umfang gelangen konnte.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen wohlwollenden Berater, der uns jederzeit mit Rat und Tat bereitwilligst zur Seite gestanden hat.

Sein fachmännischer Weitblick, seine edle Gesinnung verbunden mit hervorragenden Charaktereigenschaften, sichern ihm bei allen die ihn kannten höchste Wertschätzung und Verehrung über das Grab hinaus.

Wir werden sein Andenken dauernd hoch in Ehren halten.

Dillingen-Saar, den 24. Januar 1924.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Aktien-Gesellschaft der Dillinger-Hüttenwerke

---

[illegible] Allmächtigen hat es in seinem unerforſchlichen Ratſchluſſe gefallen, am Dienstag nachmittag 1½ Uhr, nach kurzem Leiden meine liebe, gute Frau, meine liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Frau

Magdal. Werthmüller

geb. Maurer,

im Alter von nahezu 60 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Böbingen, Erfurt, den 30. Januar 1924.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Februar 1924, vom Sterbehauſe aus ſtatt.

Verkauf.

Wir verkaufen aus unſeren Beſtänden einen Poſten entbehrlich gewordener

Bauſtoffe, Ausſtattungsgegenſtände gebrauchter und ungebrauchter Werkzeuge und Maſchinen ſowie eine Anzahl Stahlſtäbe

Intereſſenten erhalten [illegible] Verzeichnis der Gegenſtände vom unterz. [illegible] Ottweiler.

Kreisbauamt des Kreiſes Ottweiler.

Dankſagung.

Für die herzliche Teilnahme und überaus große Kranzſpende beim Hinſcheiden unſeres ſo teueren Entſchlafenen 1766

Auguſt Reinert jr.

ſagen wir hiermit allen unſeren

aufrichtigſten Dank.

Familie Reinert

Saarbrücken, Gutenbergſtr. 36.

Weinverſteigerung.

Aus den Gemarkungen Gimmeldingen und Königsbach

Am Dienstag, den 19. Febr. 1924, mittags 1 Uhr im Winzerhauſe zu **Gimmeldingen** verſteigert die

Vereinigung Mittelhaardter Weinbauern

ca. 300 Fl. u. 1000 Ltr. 1921er Weißweine
ca. 31000 Liter 1921er „
ca. 2600 „ 1922er Rotweine
ca. 2300 „ 1923er „

Probetage: am 6. Februar, ſowie am Verſteigerungstage im Verſteigerungslokale. Die Weine können auch anderen am Faß probiert werden.

Jede gewünſchte Auskunft erteilt der Geſchäftsführer Rechtsanwalt Wappler in Neuſtadt a. d. Haardt — Telefon 142 oder Friedrich Hammel in Gimmeldingen — Telefon 611. Amt Neuſtadt a. d. Haardt. 8343

Jeſus! Maria! Joſef!
Herr, dein Wille geſchehe!

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Montag morgen unſeren lieben Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Karl Mattes

nach längerem ſchwerem Leiden, wohlvorbereitet mit den Heilsmitteln unſerer hl. kathol. Kirche im Alter von 71 Jahren zu ſich in ein beſſeres Jenſeits abzurufen.

Neunkirchen-Saar, den 31. Januar 1924.

Die tieftrauernden Kinder nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag mittag 3 Uhr vom St. Joſefskrankenhaus aus ſtatt.

Das Seelenamt iſt am Freitag morgen 6,50 Uhr in der Marienkirche.

Jeſus! Maria! Joſef!
Herr Dein Wille geſchehe.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Montag morgen unſeren lieben Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Karl Mattes

nach längerem ſchwerem Leiden, wohlverſehen mit den Heilsmitteln unſerer hl. kath. Kirche im Alter von 71 Jahren zu ſich in ein beſſeres Jenſeits abzurufen.

Neunkirchen (Saar), den 31. Januar 1924.

Die trauernden Kinder nebſt Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag mittag 3 Uhr vom St. Joſefshaus aus ſtatt.

Das Seelenamt iſt am Freitag morgen 6.50 Uhr in der Marienkirche.

Dankſagung.

Anläßlich des Ablebens unſerer lieben Entſchlafenen danken wir allen Bekannten, Freunden und Verwandten für die überaus reichen Kranzſpenden. Beſonderen Dank Herrn Pfarrer Haike für die troſtreichen Worte am Grabe.

W. Hahn-Gläſer
Elſe Gläſer

Jagdverpachtung.

Die Jagd in dem gemeinſchaftlichen Jagdbezirke der Gemeinde **Düppenweiler** wird am **Montag** den 11. Februar 1924, nachmittags 3 Uhr, in der Gaſtwirtſchaft **Hoffmann** zu **Düppenweiler**, öffentlich meiſtbietend auf 6, 9, 12 Jahre verpachtet. Der Jagdbezirk umfaßt 1225 ha, davon 481 ha Wald, und wird in zwei Bezirke eingeteilt, welche durch die Straße Dirſſel—Düppenweiler—Honzrath begrenzt werden. Der obere Teil nach Oſten zu, ist groß 747,5 ha darunter 180 ha Wald und der untere Teil nach Weſten zu iſt groß 477,5 ha darunter 150 ha Wald. Nach Verſteigerung der einzelnen Bezirke wird die ganze Jagd ausgeboten und behält ſich der Jagdvorſteher den Zuſchlag in allen Fällen vor. Die näheren Jagdpachtbedingungen liegen beim Jagdvorſteher offen und werden im Termin bekannt gegeben. Die Verpachtung erfolgt unter Zugrundelegung des Dollarkurſes am Tage der Verpachtung.

Düppenweiler, den 24. Januar 1924.

Der Jagdvorſteher Schommer, Gemeindevorſteher.

Jagdverpachtung.

Am Donnerstag den 7. Februar 1924 nachmittags 4 Uhr im Gaſthaus „zur Poſt" wird die

Feld- und Waldjagd

der Gemeinde Rohrbach öffentlich verpachtet.

Die Verpachtungsbedingungen können beim Bürgermeiſteramte während den Amtsſtunden eingeſehen werden, auch werden dieſe bei der Verpachtung bekannt gegeben.

Rohrbach, den 28. Januar 1924.

Das Bürgermeiſteramt:
[illegible]

Holz-Verkäufe

in der

ſtaatlichen Oberförſterei Karlsbrunn.

Am Mittwoch, den 6. Febr. 1924, vormittags 9 Uhr, in der Gaſtwirtſchaft Uhl zu Ludweiler, für die Förſtereien Ludweiler u. Geislautern.

Am Samstag, den 9. Februar 1924, vormittags 9 Uhr, in der Gaſtwirtſchaft Keßler zu Lauterbach, für die Förſterei Lauterbach und Weiherdamm.

Am Mittwoch, den 13. Februar 1924, vormittags 9 Uhr, in der Gaſtwirtſchaft Regitz zu Karlsbrunn, für die Förſtereien Karlsbrunn u. St. Nicolaus.

Am Samstag, den 16. Februar 1924, vormittags 9 Uhr, in der Gaſtwirtſchaft Wwe. Heß zu Differten, für die Förſtereien Differten u. Friedrichweiler.

Es kommen Eichen-, Buchen- u. Nadelholzbrennhölzer ſowie einige Nutzhölzer an Selbſtverbraucher je nach **Vorrat und Bedarf** zum Angebot.

Holzverkauf.

Es kommen zum Verkauf:

aus dem Gemeindewald Beuren
65,22 fm Fichtenſtämme III. u. IV. Klaſſe
65,10 „ Fichtenſtangen I.—IV.
13 rm Grubenholz 1,25 m lang über 7 cm Zopf
10 „ „ 1,25 „ „ unter 7 „ „

aus dem Gemeindewald Hirſchfeld
52,61 fm Fichtenſtämme III. u. IV. Klaſſe
14 Fichtenſtangen II. „
51,30 fm Kiefernſtämme III. u. IV. „

aus dem Gemeindewald Wahlenau
50 rm Erlengrubenholz 2,— m lang über 16 cm Zopf
15 „ „ 1,30 „ „
48,38 fm Kieferngrubenholz III. u. IV. Klaſſe (Stämme in ganzen Längen)
66,80 fm Kiefernſtangen I.—V. „

aus dem Gemeindewald Würrich
133,41 fm Fichtenſtämme III. u. IV. Klaſſe
266,— Fichtenſtangen I.—III. „

aus dem Gemeindewald Niederweiler
57 Fichtenſtämme I. und II. Klaſſe
13,57 fm Eichenſtämme III. „
3,08 „ Eichenwellen

aus dem Gemeindewald Belg
5,56 fm Fichtenſtämme III. u. IV. Klaſſe
5,17 „ Kiefernſtämme III. u. IV. „
26 Fichtenſtangen I.
31 rm Eichenreiſerknüppel 1,8 bezw. 1,2 m lang mit 10/21 bez. 8/14 cm Zopf

aus dem Gemeindewald Irmenach
114,12 fm Fichtenſtämme II.—IV. Klaſſe
71,20 fm Fichtenſtangen I.—III. „
6 rm Nutzreiſerknüppel
1,42 fm Kiefern- und Lärchenſtämme
3 rm Papierholz

aus dem Gemeindewald Bärenbach
19,79 fm Weißtannenſtämme III. u. IV. Klaſſe
89,90 „ Fichtenſtämme III. u. IV. „
95 Weißtannenſtangen I.—III. „
1413 Fichtenſtangen I.—III. „

aus dem Gemeindewald Sohren
137,85 fm Fichtenſtämme III. u. IV. Klaſſe
341 Fichtenſtangen I. u. III. „

Angebote auf meiſtbietender Grundlage ſind bis 8. Februar an den Unterzeichneten einzureichen. Die Eröffnung der Offerten am 12. Februar vormittags 10 Uhr im Bürgermeiſteramt. Die Zahlung hat zu [illegible] zu erfolgen. Spezifizierte Aufſtellung der Hölzer und Verkaufsbedingungen können gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 Goldmark hier abgeholt werden.

Büchenbeuren, den 23. Januar 1924.

Der Bürgermeiſter.

Holz-Verkäufe

in der

ſtaatlichen Oberförſterei Karlsbrunn

Am **Mittwoch, den 6. Februar 1924**, vormittags 9 Uhr in der Gaſtwirtſchaft Uhl zu Ludweiler für die **Förſtereien Ludweiler und Geislautern.**

Am **Samstag, den 9. Februar 1924**, vormittags 9 Uhr, in der Wirtſchaft Keßler zu Lauterbach für die **Förſterei Lauterbach und Weiherdamm.**

Am **Mittwoch den 13. Februar 1924**, vormittags 9 Uhr in der Gaſtwirtſchaft Regitz zu Karlsbrunn für die **Förſtereien Karlsbrunn und St. Nicolaus.**

Am **Samstag, den 16. Februar 1924** vormittags 9 Uhr in der Gaſtwirtſchaft Wtw. Heß zu Differten für die **Förſtereien Differten und Friedrichweiler.** 2646

Es kommen Eichen-, Buchen- und Nadelholzbrennhölzer ſowie einige Nutzhölzer an Selbſtverbraucher je nach **Vorrat und Bedarf** zum Angebot.

Holzverſteigerung.

Die Gemeinde Forſchweiler läßt am Montag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr ab in der Wirtſchaft der Witwe Oberbillig in Forſchweiler öffentlich meiſtbietend verſteigern:

70 Stück Eichenſtämme I. bis V. Klaſſe mit 47,40 fm
29 Stück Kiefernſtämme III. und IV. Klaſſe mit 9,65 fm.
4 rm Eichen-Nutzholz II. Klaſſe
23 rm Kiefern-Nutzknüppel
46 rm Eichen-Brennholz Scheit und Knüppel
35 rm Kiefern-Brennholz Scheit und Knüppel
21 rm Buchen-Brennholz Scheit und Knüppel
476 rm Eichenreiſer II. und III. Klaſſe
216 rm Kiefernreiſer II. und III. Klaſſe
30 rm Buchenreiſer III. Klaſſe.

Die Zahlungsbedingungen werden im Termine bekannt gegeben. Erfolgt die Zahlung innerhalb drei Tagen nach dem Tage der Verſteigerung, ſo wird ein Rabatt von 2 Prozent gewährt.

Der Förſter Palzer in Crenzen zeigt das Holz auf Wunſch an.

[illegible], den [illegible] Januar 1924.

Der Bürgermeiſter.
[illegible]

Jagd-Verpachtung.

Die Jagdnutzung der Gemeinde **Rommweiler**, etwa 2200 Morgen Wald und Feld, wird am **Samstag, den 9. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr** (Ortszeit) in der Gaſtwirtſchaft Lauer hier, öffentlich meiſtbietend verpachtet auf die Dauer von 6, 9, 12 Jahren.

Rot- und Schwarzwild als Wechſelwild, im übrigen gute Rehe- und Haſenjagd.

Rommweiler iſt Eiſenbahnknotenpunkt der Strecken Trier—Türkismühle und Rommweiler—[illegible].

Die Pachtbedingungen können bei mir eingeſehen werden oder gegen Entrichtung der Schreibgebühr von 1 Goldmark vom Bürgermeiſteramt hier bezogen werden. 1806

Rommweiler (Kreis Trier-Land), den 4. Jan. 1924.

Der Jagdvorſteher.
J. M. Weber.

Anneliese Hector
Ingenieur Willie Baumann
Motoreningenieur

Verlobte.

Wiesbaden [illegible]
München [illegible]

Januar 1924.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Bollendorf hat einige Steinbrüche zur Ausbeutung zu verpachten. Der Stein iſt von guter Beſchaffenheit und wird ſehr geſucht. [illegible] Verladung der Steine auf der Station Bollendorf [illegible] — Luxemburg —, die direkt bei Bollendorf liegt, wird möglich ſein. Zur Beſichtigung der Steinbrüche wende man ſich an den Gemeindevorſteher Sonntag in Bollendorf.

Angebote für die Anpachtung der Steinbrüche werden unter Angabe des Pachtpreiſes bis [illegible] Februar an das hieſige Bürgermeiſteramt erbeten, wo auch die Bedingungen eingeſehen oder gegen Einſendung eines Betrages von 3 Goldmark bezogen werden können.

Echternacherbrück, den 28. Januar 1924.

Der Bürgermeiſter.
[illegible]

8016

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 2. Februar 1924 nachmittags 1 Uhr (Ortszeit), unmittelbar nach der Jagdverpachtung, wird in der Gaſtwirtſchaft Lauer hier die

Fiſcherei-Nutzung

des Fiſchereibezirks Rommweiler auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem Tage der Verpachtung, bis zum 31. Dezember 1929 verpachtet, und zwar: Die Prims mit Nebenbächen innerhalb der Banngrenze Rommweiler, zuſammen etwa 9 Kilometer Bachlänge. 1885

Rommweiler, den 4. Januar 1924.

Der Bürgermeiſter.
J. W. Müller.

Bekanntmachung.

Gegenſtand: Bekanntmachungen der pfälziſchen Finanzämter.

In der letzten Zeit iſt eine große Anzahl von Finanzämtern der Pfalz durch die „Regierung der Autonomen Pfalz" gewaltſam geſchloſſen worden. Steuern, Lohnabzüge und andere Abgaben können deshalb bis auf weiteres an dieſe Finanzämter nicht mehr gezahlt werden.

Hierauf mache ich nachdrücklich aufmerkſam, weil in den letzten Tagen mehrfach Bekanntmachungen mit der Unterſchrift „Finanzamt" in der Preſſe veröffentlicht wurden, die eben wegen dieſer Unterſchrift vom Publikum als Bekanntmachungen der Reichsfinanzverwaltung aufgefaßt werden, in Wirklichkeit aber von Organen der „Autonomen Regierung" ausgegangen ſind. Zahlungen, die auf Grund ſolcher und ähnlicher Bekanntmachungen an andere Perſonen als an die zur Annahme von Steuern und Abgaben berechtigten Beamten der Reichsfinanzverwaltung geleiſtet werden, befreien die Pflichtigen nicht von ihrer Zahlungspflicht gegenüber dem Reich und dem Lande. Zur Vermeidung von Irrtümern werden daher künftig alle Bekanntmachungen der Reichsfinanzämter die Unterſchrift des leitenden Beamten des Reichsfinanzamts und ſeiner Dienſtſtellung tragen. Nur die in dieſer Form unterzeichneten Bekanntmachungen ſind vom Standpunkt der Reichsfinanzverwaltung aus rechtswirkſam.

Würzburg, den 31. Januar 1924.

Der Präſident des Landesfinanzamts Würzburg.
Dr. v. Dandl.

Ausſchreiben.

Die Stelle des

Berufsbürgermeiſters

der Stadt Homburg (Saar) wird hiermit zur Bewerbung ausgeſchrieben. Die Wahl erfolgt nach Art. 50a der Gemeindeordnung für die Pfalz durch den Stadtrat.

Bewerber wollen ihre mit Lebenslauf, Zeugniſſen und amtsärztlichem Geſundheitszeugnis belegten Geſuche bis zum 1. März 1924 einreichen.

Homburg (Saar), den 24. Januar 1924.
Bürgermeiſteramt:
Schmidt [illegible].

Weinverſteigerung.

Donnerstag, den 14. Februar, vorm. 11 Uhr, im Saalbau der Jahnhalle zu Grünſtadt kommen zum Ausgebot: Von Mitgliedern des

Grünſtadter Weinmarkt-, Vereinigung zur Förderung des Qualitätsweinbaues E. V.

68000 Liter 21er, 22er u. 23er Unterhaardter Rot- und Weißweine, ſowie 1700 Flaſchen 21er Weißweine, von Mitgliedern der

Zellerthaler Winzervereinigung E. V.

8000 Liter 22er Zellerthaler Weißweine, ſowie 550 Flaſchen 21er Weißweine.

Probetage: Donnerstag, den 31. Januar und am Verſteigerungstage, jeweils in der Jahnhalle zu Grünſtadt. B 34

Weitere Auskunft, Liſten und [illegible] durch Herrn [illegible] Dieges in Grünſtadt (Fernsprecher Nr. 84).

Grubenholz

aus dem Stadt- und Hoſpitalwald Kaiſerslautern. [illegible] 1924 wird freihändig vergeben. Es handelt ſich um 1000 fm Kiefern-[illegible] und 1500 fm [illegible]. [illegible]

Kaiſerslautern, den 25. Januar 1924.

Das Bürgermeiſteramt.